

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Heinz Westphal MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, fordert eine Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen: Dr. Jenninger nicht allein lassen.

Seite 1

Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitsbereiches Umweltschutz, verlangt hinsichtlich der Gefahrstoff-Verordnung der Bundesregierung: Den Schutz des Lebens ernst nehmen.

Seite 3

Michael Müller MdB und Horst Peter MdB verurteilen Kohls Zustimmung zu Reagans Weltraum-Plänen: Vabanque-Spiel mit Europas Sicherheit.

Seite 5

40. Jahrgang / 30

12. Februar 1985

Dr. Jenninger nicht allein lassen

Deutsch-deutsche Friedensbemühungen intensivieren

Von Heinz Westphal MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Da fliegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit der schon im zweiten Jahr funktionierenden innerdeutschen Flugverbindung zur Messe nach Leipzig; da häufen sich die von allen Fraktionen beschickten Delegationsreisen Bonner Parlamentarier in die DDR, um sich - je nach Aufgabenstellung ihres Ausschusses - über Verkehrsprobleme, Wirtschaftsfragen, Gesundheitseinrichtungen und Bildungssysteme zu informieren; da trifft man sich mit Volkskammer-Abgeordneten bei den Tagungen der Internationalen Parlamentarier Union (IPU) nicht nur in Genf, sondern sogar in Ost-Berlin, doch offiziell dürfen Kontakte nicht sein.

Der konsequente, durchdachte Vorstoß des Bundestagspräsidenten Dr. Jenninger, die Vorbedingungen für die Herstellung geregelter Beziehungen zwischen den beiden so unterschiedlichen Volksvertretungen nun einer Klärung zuzuführen, um für die Deutschland-Politik ein weiteres Feld zu öffnen, wurde abgeblockt. Die Trommel dafür rührten - wie konnte es anders sein - Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, deren Namen immer dann auftauchen, wenn Entspannungsbemühungen kritisiert, wenn Tabus gepflegt und Fiktionen der 50er Jahre aufrechterhalten werden sollen.

Und während alle anderen Fraktionen des Hauses einschließlich mancher Kollegen der eigenen Fraktion die Bemühungen des Präsidenten beifällig begleiteten, stellte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Dregger, fest, es bleibe bei der Bremser-Haltung, die die Union im vorigen Jahr beschlossen hat. Auch der Kanzler ließ Dr. Jenninger hängen. - Das darf nicht der Schluß der Angelegenheit sein!

Die entscheidenden Sätze im Interview des Bundestagspräsidenten vom 29. Dezember 1984 mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" - hier lag der Ausgangspunkt für die neuerliche Debatte über offizielle Verbindungen zur Volkskammer - lauteten: "Denn von deutschem Boden darf nicht nur kein Krieg ausgehen, sondern von deutschem Boden muß Frieden ausgehen!"



Und das ist die wichtigste Aufgabe aller Deutschen, gleich, ob sie hier oder dort Verantwortung tragen, ob sie dem Deutschen Bundestag oder der Volkskammer angehören." Dem kann jeder Sozialdemokrat nicht nur zustimmen, das ist uns aus dem Herzen gesprochen. Es kommt darauf an, diesen Gedanken mit Realität zu erfüllen, wo immer sich dafür Möglichkeiten bieten.

Ist es denn so undenkbar, daß Parlamentarier - auch wenn ihre Wahl auf sehr unterschiedliche Weise vor sich geht, ihre Verantwortung, ihre Aufgabenwahrnehmung, ihr Einfluß auf Entscheidungen unter den Maßstäben klassischer Demokratie unvergleichbar sind - trotzdem zu gleichen Aussagen gegenüber ihren Regierungen kommen, wenn es um Frieden und Abrüstung geht, noch dazu an der Nahtstelle zwischen Ost und West in der Mitte Europas? Könnte es nicht sein, daß die Besprechung eines innerdeutschen Problems zwischen zwei Ausschüssen zu Lösungsvorschlägen führt, die im beiderseitigen Interesse liegen und daraus ein Drängen von beiden Seiten auf die jeweiligen Exekutiven wird, entsprechende Vereinbarungen zu treffen?

Sollen Parlamentarier nur ratifizieren, was Regierungen aus beiden deutschen Staaten vorlegen, oder wäre nicht auch denkbar, daß gerade im innerdeutschen Bereich zumindest unsere westdeutschen Abgeordneten ihre Kontrollfunktion wahrnehmen? Wen in der Welt - außer den nach wie vor "kalten Kriegern" in der Unionsfraktion - rührt eigentlich die Sorge, daß aus dem Umgang miteinander eine "Aufwertung" des kommunistischen Regimes in der DDR und seiner Institutionen erfolgen könnte, wo man doch schon seit Jahren mit den staatlichen Organen der DDR gemeinsame Verträge aushandelt und abschließt? Warum eigentlich diese für jeden objektiven Betrachter unverständliche Unterscheidung, die aus unserer Sicht auf nicht demokratische Weise zustande gekommene Volkskammer nicht als Partner im innerdeutschen Dialog zu akzeptieren, aber die nicht weniger undemokratisch entstandene Staatsführung der DDR als Vertragspartner anzuerkennen? Logisch ist das nicht.

Gewiß, die Fragen, die sich aus dem Status Berlins ergeben, an dessen Aufrechterhaltung auf der Grundlage des Vier-Mächte Vertrages wir im Interesse aller Berliner nicht rütteln lassen dürfen, sind wichtig und dürfen nicht als Nebensache abgetan werden. Aber es gibt doch für den Modus vivendi auf dieser Grundlage längst die Modelle, die sich aus dem Umgang der Regierungen beider deutschen Staaten miteinander eingespielt haben.

Auch die Erfahrung der tatsächlichen Gleichbehandlung der Berliner Bundestagsabgeordneten bei dem Besuch der Delegation der SPD-Fraktion beim Volkskammer-Präsidenten Siederemann im vorigen Jahr hat gezeigt, daß es akzeptable Formen des offiziellen Kontaktes ohne negative Statusprobleme gibt. Wenn man die Sache will, um die es eigentlich geht - deutsches Zusammenwirken in Richtung auf Frieden und Abrüstung sowie Abbau von Hindernissen zwischen den Deutschen in beiden Staaten - dann sind offizielle Kontakte der Repräsentanten der beiden Parlamente ein wichtiger nächster Schritt.

Wir Sozialdemokraten fordern die deutschlandpolitisch aufgeschlossenen Kollegen in der Unions-Fraktion auf, ihren/unseren Präsidenten nicht allein zu lassen bei seinen nächsten Schritten in dieser Sache. Das Ziel des Grundlagenvertrages, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln, muß man auf vielen Wegen erstreben; sie für den offiziellen Kontakt der Volksvertretungen vorauszusetzen, heißt, das Ziel schwerer erreichbar zu machen.
(-/12.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Den Schutz von Leben und Umwelt ernstnehmen

Die Bundesregierung darf die neue Gefahrstoff-Verordnung nicht an den Interessen der chemischen Industrie ausrichten

Von Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitsbereiches Umweltschutz

Bei den bisher bekanntgewordenen Plänen der Bundesregierung zur Gefahrstoff-Verordnung erleben wir abermals das Lehrstück von der Industriegebundenheit des Kabinetts Kohl in Sachen Umweltschutz.

Die neue Gefahrstoff-Verordnung trägt einseitig die Handschrift der Industrie. Arbeitnehmervertreter, Umweltverbände und Verbraucherverbände blieben bisher draußen vor der Tür. Die Minister Geißler und Blüm haben die Gefahrenabwehr für Mensch und Umwelt offensichtlich völlig aus dem Auge verloren. Als hätte es Seveso, Boehringer in Hamburg, Dynamit Nobel in Rheinfelden und Bophal nicht gegeben. Als seien die Risiken von Holzschutzmitteln, Insektensprays oder Asbeststäuben hysterische Einbildung.

Das Kabinett Kohl betreibt hier Umweltpolitik nach dem Motto: Was gut ist für die chemische Industrie, ist auch gut für Deutschland.

Diese Gefahrstoff-Verordnung ist selbst gefährlich, weil sie nur vorspiegelt, daß einem Umwelt- und Gesundheitsproblem ersten Ranges auf den Grund gegangen wird. Sie ist eine typisch industriegebundene Vorlage aus Kann-Bestimmungen, Ausnahmeregelungen und Ausklammerungen. Der Abstimmungsprozeß mit der chemischen Industrie ist eben keine Voraussetzung dafür, ein Regelwerk für den Umgang mit gefährlichen Stoffen zu schaffen, das an die Wurzel geht. Wie lange braucht diese Bundesregierung eigentlich noch, um zu begreifen, daß sie mit Dioxinen nicht spaßen kann. Auch wenn noch viel Forschungsarbeit über die Giftigkeit der etwa 210 Dioxine und Furane zu leisten ist, steht fest, daß die bisher vorgesehene Regelung nur einige wenige Mitglieder dieser "Familie" erfaßt - und dann auch noch unzureichend. Es wird nicht nach dem Grundsatz verfahren, im Zweifel für die Umwelt und Gesundheit.

Weitere erschreckende Mängel der neuen Gefahrstoff-Verordnung fördert schon eine erste Prüfung zutage:

1. Die Verordnung zielt ausschließlich auf Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, ohne ihn tatsächlich zu gewährleisten. Die Umweltgefährdungen durch gefährliche Stoffe werden dagegen nicht erfaßt. Entsprechende Regelungen fehlen.
2. Die Kriterien für die Einstufung von Stoffen als "krebserzeugend" sind unbestimmt. Es zeichnet sich ab, daß die jetzige Schutzwelle zukünftig herabgesetzt wird und weniger Stoffe in die Kategorie "krebserzeugend" eingestuft werden. Dies gilt zum Beispiel für Dioxine und Nitrosamine.
3. Strikte Verbotsregelungen sind die Ausnahme. Es gibt keine zwingenden Ersatzstoff-Regelungen, die Druck auf die chemische Industrie zu Umstellungen ausüben. Das Verbot von Boehringer in Hamburg ist deshalb ein viel wichtigeres umweltpolitisches Signal als die ganze Verordnung in diesem Zuschnitt.
4. Die Verwendungsbeschränkungen für einzelne Stoffe wie Formaldehyd und Asbest sind ergänzungsbedürftige Teilregelungen. Für andere Stoffe wie Holzschutzmittel und Schädlingsbekämpfungsmittel gibt es keinerlei Regelungen für ihre Verwendung.



5. Die Informationspflichten der Hersteller gefährlicher Stoffe sind unzureichend. Es ist ein Skandal, daß die Hersteller, wenn es um Leben und Gesundheit geht, nur auf Verlangen der Arbeitgeber über Gefahren für Arbeitnehmer Auskunft zu erteilen haben.
6. Den Unternehmen wird beim Arbeitsschutz ein breiter Spielraum für Vorsorgemaßnahmen eingeräumt. Technisch mögliche Maßnahmen müssen im Zweifel nicht angewendet werden. Zu schnell kann auf Mittel des bloßen Körperschutzes, die Versetzung oder sogar Entlassung von erkrankten Arbeitnehmern ausgewichen werden.
7. Die Verpflichtung zu arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen besteht nur in Bezug auf einige wenige krebserregende Stoffe.
8. Hochgiftige Chemikalien wie zum Beispiel Holzschutzmittel können von den Herstellern ins Ausland überführt und dann als Bestandteile zum Beispiel von Holzprodukten wieder eingeführt werden. 85 Prozent der Holzschutzmittel und 80 Prozent der Insektizide-Produktion werden exportiert.
9. Die Verpflichtung zur Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen gelten nur für die die Vermarktung innerhalb der EG. Offenbar ist das Leben und die Gesundheit von Menschen in den Entwicklungsländern und anderswo weniger wert.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Schutz von Leben und Umwelt endlich ernst zu nehmen. Die Gefahrstoff-Verordnung muß mit allen betroffenen gesellschaftlichen Gruppen - mit den Gewerkschaften, Verbraucherverbänden und Umweltschutzverbänden - diskutiert werden und nicht nur mit der chemischen Industrie. (-/12.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Vabanque-Spiel mit Europas Sicherheit

Feststellungen zur Zustimmung des Bundeskanzlers zu den Weltraumplänen Reagans

Von Michael Müller MdB und Horst Peter MdB

Mit seiner Zustimmung zum Weltraumrüstungsprogramm der USA hat sich Bundeskanzler Kohl auf ein Vabanque-Spiel mit der Sicherheit Europas eingelassen. Einmal mehr hat sich der Regierungschef der Bundesrepublik von den Reaganiten über den Tisch ziehen lassen. In fataler Weise erinnert sein Ja zum Krieg der Sterne-Programme an sein Verhalten und das der Bundesregierung in der Debatte um den Vollzug des Pershing-Stationierungs-Prozesses. Kohl stellt damit seine Lernunfähigkeit als Politiker unter Beweis.

Allerdings muß zugegeben werden, daß die verquere Logik seiner Politik "des Friedens schaffens mit immer weniger Waffen" sich bruchlos einfügt in die negative Utopie Reagans, mit der Militarisierung des Weltraums die Entwaffnung der Erde erreichen zu wollen.

Reagan und Kohl verfolgen einen neuen Siegfried-Wahn. Sie wollen sich in den Besitz einer absoluten Waffe bringen; sie wollen sich unangreifbar machen, indem sie dem Gegner den Angriff unmöglich machen. Dies ist in der Geschichte der Menschheit schon mehrmals gescheitert. Jedesmal ist nur ein gigantischer Aufrüstungsprozeß in Gang gesetzt worden. Dies wird auch diesmal der Fall sein. Der schon begonnene Prozeß der atomaren und konventionellen Aufrüstung wird ergänzt mit dem Weltraumrüstungsprogramm.

Im Einzelnen ist festzuhalten:

- Das Ja Kohls bedeutet für Europa den Einstieg in die europäische Beteiligung an der Finanzierung des Weltraumrüstungsprogramms. Damit geht zwangsläufig eine weitere Aufstockung des Rüstungshaushaltes einher. Bis jetzt ist aber unklar, ob dieses Programm überhaupt finanziell und technisch machbar ist. Beteiligt sich die Bundesrepublik schon in diesem Stadium an den Kosten, so leistet sie nur einen Beitrag zur Finanzierung des militärisch-technischen Hochtechnologieforschungsprogramms der USA und sorgt damit selbst dafür, daß sie in der Technologieforschung ins Hintertreffen gerät. Helmut Kohl wurde damit zum führenden Unterstützer des amerikanischen Technologie-Imperialismus.
- Sollte das Programm tatsächlich das Reißbrett-Stadium verlassen, ist der militärische Nutzen immer noch zweifelhaft. Es würde nur trügerische Sicherheit geboten. Es ist nämlich nicht sicherzustellen, daß alle angreifenden Raketen vernichtet werden könnten. Bei einer nur geringen Ausfallrate würde die Zerstörungskraft eines potentiellen Angreifers erhalten bleiben. Somit ist auch der militärische Nutzen für Europa in Frage zu stellen. Außerdem ist nicht geklärt, ob nicht Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen.
- Für die weltpolitische Lage bedeutet das neue Rüstungsprogramm eine weitere Destabilisierung. Die Sowjetunion wird versuchen, gleichzuziehen und versuchen, das Abwehrsystem durch die Erhöhung der Zahl ihrer Offensivwaffen matt zu setzen. Für die Nato stellt sich auch die Frage der Gültigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Strategie. Mit der Weltraumrüstung wird das bisherige System des atomaren Gleichgewichts unterlaufen, da die USA das "Fenster der Verwundbarkeit" schließen.

(-/12.2.1985/v0-he/rs)

+ + +

